

Thesen ein Funktionär beteiligt war, der bis zur Wende die Pädagogik der Honecker-Ära maßgeblich mitzuverantworten hatte: Gerhart Neuner, 19 Jahre lang Präsident der einflussreichen Akademie. Der Funktionär war zum Jahreswechsel auf Druck zahlreicher Mitarbeiter zurückgetreten, „um die Neuformierung der Akademie und ihrer wissenschaftlichen Arbeit nicht zu erschweren“ (Neuner).

Wie groß die Bereitschaft der alten Apparatschiks ist, ihre „Mitverantwortung an den Deformationen und am Realitätsverlust in Schulpolitik und Pädagogik“ (Neuner-Nachfolger König) zu verdrängen, zeigen Bemerkungen von Pädagogen vielerorts. „Wir müssen endlich mal gegen diese ungerechtfertigten Angriffe von der Straße geschützt werden“, klagte ein aufgebrachter Berliner Lehrer vor einer Delegation der west-

deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Als auf einer Elternbeirats-Versammlung einer Ost-Berliner AOS die Eltern gegen den Wahlvorschlag der Direktorin opponierten, antwortete die stellvertretende Direktorin: „Wir wollen doch jetzt nicht die Diktatur des Staates durch die Diktatur der Eltern ersetzen.“

Noch im Januar waren in einer Buchhandlung in Halle alle Schulbücher und Lehrpläne zum alten Staatsbürgerkunde-Unterricht zu kaufen. In der Schule nebenan geht nach Aussagen von Schülern der alte Stabü-Unterricht weiter.

In einer Schule in Karl-Marx-Stadt hingen im Januar noch Wandtafeln wie diese: „Das Programm der Partei ist das Programm des Volkes!“ oder „Stärkt die FDJ – die Kampfesreserve der Partei“. „Bisher hat noch niemand verlangt, daß wir das abnehmen sollen“, rechtfertigt

sich die Direktorin, „was soll denn mit der Jugend passieren, wenn sich in ihrer Freizeit keiner mehr um sie kümmert.“

Jochen Schweitzer, führender Funktionär der westdeutschen GEW, hat sich sieben Jahre lang mit dem DDR-Schulsystem befaßt, ohne daß er dabei je aus dem Gleichgewicht geraten wäre. Aber was er auf seiner zehntägigen DDR-Reise im Januar an Einblick gewann, hat ihm einen Schock versetzt: „Es ist alles viel schlimmer, als wir dachten.“

Nach Schweitzers Überzeugung wird es „Jahre dauern, bis der ganze Lug und Trug im Schulwesen aufgedeckt und begriffen werden kann“. Es gebe bislang zwar bereits „ehrliche Untersuchungen zur Umweltverschmutzung in der DDR“, aber „für das Bildungswesen müssen solche Analysen erst noch geschrieben werden, ehe sich wirklich Entscheidendes verändern kann“.

Arbeitsbienen für den Staat

Das Bildungssystem der SED (I): Die Schule – Erziehung mit Drill und Duckmäuserei

Im Frühjahr 1989, Erich Honeckers Staat bereitete gerade den IX. Pädagogischen Kongreß im Juni vor, zogen die DDR-Offiziellen stolz Bilanz. „Die Leistungen unseres Bildungssystems“, resümierte das SED-Blatt *Neues Deutschland*, „finden weltweite Anerkennung.“ Und das für die Kindergärten und Schulen zuständige Volksbildungsministerium unter Honecker-Ehefrau Margot wußte auch, warum: Das Bildungssystem entspreche „dem neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlicher Erfordernisse“.

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, die DDR-„Leitelinie für die pädagogische Forschung“, listete die Erfolge des ostdeutschen Bildungssystems auf: Es erziehe nicht nur zu „hoher Bildung des ganzen Volkes“, gepaart „mit solidem Wissen und Können“, sondern auch „zu schöpferischem Denken und selbständigem Handeln“. Und es entlasse „allseitig und harmonisch entwickelte Persönlichkeiten“, die „ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen“, „in Freiheit und Würde“.

Grundlage für die paradiesische Vision bildete zum einen der Paragraph 2



DDR-Bildungsministerin Honecker, Schüler (1986)
„Ideologische Erziehung in das Zentrum“

des DDR-Bildungsgesetzes. Der Passus garantiert „allen Bürgern ... das gleiche Recht auf Bildung“ und obendrein „jedem Bürger“ noch mal extra „den Übergang zur jeweils nächsthöheren Stufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen“, also:

▷ jedem Kind von der zehnten Lebenswoche bis zum sechsten Lebensjahr, falls gewünscht oder erforderlich, einen Platz in der Kinderkrippe, im Kindergarten oder Kinderheim;

▷ jedem Sechs- bis Sechzehnjährigen einen Platz in der DDR-Pflichtschule, der zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule (Kürzel: AOS oder POS);

▷ jedem Absolventen der AOS/POS „das Recht“ auf eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung (die verpflichtend ist) oder auf den Übergang zur Erweiterten Oberschule (EOS), die in Zwei- und Dreijahreskursen (letzteres mit Berufsausbildung) zum Abitur führt;

▷ jedem Abiturienten das Recht auf die Wahl einer Berufsausbildung oder eines Studiums, sowie jedem Absolventen einer Hochschule oder Berufsausbildung das Recht auf einen Arbeitsplatz.

Noch attraktiver wurde das ostdeutsche Bildungsparadies zum anderen durch die im Bildungsgesetz postulierte „Verbindung von Theorie und Praxis, von Lernen und Studium mit produktiver Tätigkeit“ sowie die „Einheit von Bildung und Erziehung“.

So spröde sich die Formeln lesen: In ihnen stecken alle Chancen und verpaßten Gelegenheiten des DDR-Bildungssystems. Der „polytechnische Charak-

ter“, die Verbindung von Lernen und Berufswelt, hätte ein Glanzpunkt werden können: Um Schüler mit der Praxis und Berufswelt vertraut zu machen, führte die DDR im Jahre 1958 für die siebten bis zehnten Klassen den sogenannten Polytechnischen Unterricht ein: Jede Woche einen ganzen Vormittag wechselweise „Einführung in die sozialistische Produktion“ in eigens dafür errichteten Polytechnischen Zentren oder „Produktive Arbeit“ in einem Betrieb.

Erst recht hätte die „Einheit von Bildung und Erziehung“ zum Code für eine neue Pädagogik werden können –

Speziell dem Bildungssystem fiel dabei die Aufgabe zu, „aus dem nachwachsenden Menschenmaterial stets gut ausgebildete, aber völlig systemhörige Arbeitsbienen zu züchten“, wie das der Ost-Berliner Soziologieprofessor Artur Meier beschreibt.

Der Soziologe, der selber lange Jahre Lehrer für Deutsch und Geschichte sowie Direktor einer EOS war, ehe er erst zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und dann zur Humboldt-Universität überwechselte, sieht „die Katastrophe unseres Bildungssystems in seiner völligen Instrumentarisierung für

die Herrschaftszwecke einer kleinen Minderheit“.

Im Klartext: Fast 40 Jahre lang wurden rund zehn Millionen Jugendliche, die das DDR-Bildungswesen seither durchliefen, nicht nur weitgehend belogen, sondern auch noch gezwungen, dies widerspruchslos hinzunehmen – ein permanenter Akt geistiger Verge- waltung, eine Art Martyrium der Lüge.

Fast nichts von der Unmenge hehrer Worte, die da Jahr für Jahr auf Schüler herabgeregnet sind, war so gemeint, wie es den Schülern gesagt wurde. Das sieht wenigstens heute auch der PDS-Mann Klein: „Es ist ein Krebschaden unserer Erziehung, daß wir zugelassen haben, daß gegen Prinzipien wie Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Offenheit verstoßen wurde.“

Begonnen hatte es verheißungsvoll, als im Oktober 1945 deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten einen gemeinsamen Aufruf zu einer Schulreform erließen, der im Juni 1946 in ein „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ mündete.

Die damaligen Reformpädagogen der KPD und SPD, die ihre Reformideen aus progressiven Schulmodellen der Vorkriegszeit bezogen, meinten es ernst: Sie wollten tatsächlich „eine wahrhaft demokratische Erziehung und Bildung aller Kinder des Volkes“, „ohne Unterschied des Besitzes, des Glaubens oder der Abstammung“.

Ganz anderes im Sinn hatte eine Gruppe von Kommunisten um ihren Führer Walter Ulbricht, die im Frühjahr 1945 aus dem Moskauer Exil in die Zone eingereist war und deren Auf-



Krippen-Kinder, Erzieherinnen (in Dresden): „Für Frieden und Sozialismus ...“

wenn die „festen sozialistischen Überzeugungen“, auf die das Bildungsgesetz alle Schüler verpflichtet, wirklich sozial gemeint gewesen wären. Die Realität jedoch zeigte: Das Gegenteil war der Fall.

„Es konnte in der Schule nicht anders zugehen als in der Gesellschaft insgesamt“, sagt der Wirtschaftsprofessor Dieter Klein (PDS), derzeit einer der stellvertretenden Rektoren der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Und wie es in der Ost-Gesellschaft zugeht, hat der Ost-Berliner Opern-Regisseur Harry Kupfer so auf den Punkt gebracht:

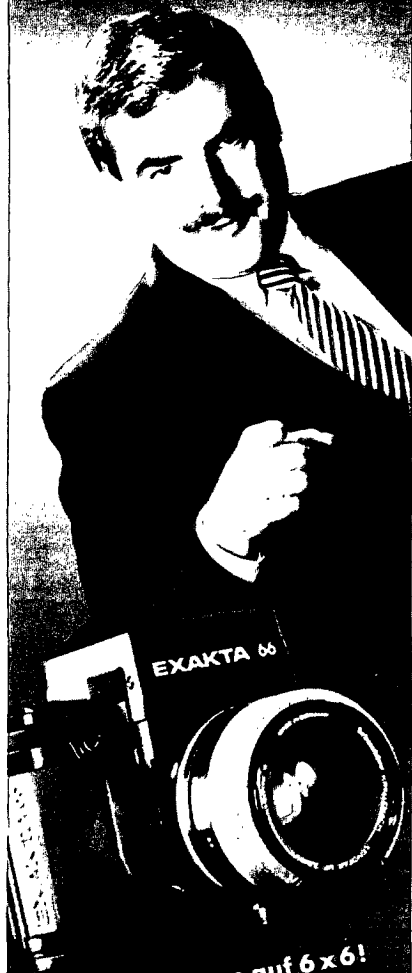
Dieses System ist für mich das perfideste und perfekteste Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem, was die Welt hatte. Weil man es ja sogar geschafft hat, daß viele Leute nicht nur aus Angst, sondern aus Überzeugung die Knute geküßt haben, die sie geschlagen hat. Dieses hinterhältige psychologische Unterdrückungssystem, das ist es eben, woran wir noch jahrelang zu knabbern haben werden.

* An der Wand Fotos von DDR-Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl.



... seid bereit! Russisch-Unterricht 1954 (in Thüringen)*

Haben Sie Format?



Steigen Sie um auf 6 x 6!
Die Exakta 66 macht es Ihnen leicht, Format zu zeigen – 4x mehr als Kleinbild! Entscheiden Sie sich für mehr Bildqualität, mehr Farbbrillanz, mehr Detailreichtum. Entscheiden Sie sich für die Exakta 66, die Präzisionskamera für Leute von Format. Made in West Germany, mit Objektiven von Schneider Kreuznach.

EXAKTA 66

für Leute von Format

Ja, ich interessiere mich für mehr Format. Senden Sie mir bitte unverbindlich den Exakta-66-Prospekt.

Name _____

Anschrift _____

BEROFLEX AG
Uhlendstraße 158
1000 Berlin 15

SL 1

ERZIEHUNG

trag lautete, dort über kurz oder lang das totalitäre Sowjetsystem zu etablieren.

In ihrem Buch „Lüg Vaterland“, das im April im Kindler Verlag erscheint, beschreibt die Ost-Berliner Regisseurin Freya Klier die Entwicklung, die auch für das DDR-Bildungssystem zum Verhängnis wurde: „Über Druck und Terror gelingt es der Ulbricht-Gruppe, das Schiff aus der Fahrinne Demokratie in Richtung Stalinismus zu hieven.“

Mit Druck arbeiteten die Sowjets bereits 1945, als sie 72 Prozent aller Lehrer wegen ihrer Nazivergangenheit sofort aus dem Dienst entfernten und an ihre Stelle Arbeiter, Angestellte und Hausfrauen setzten, die sie in Neunmonatskursen fürs Lehrensein präparieren ließen. Von 1957 an galt „die sowjetische Pädagogik als Höhepunkt kommunistischer Erziehung“ (Freya Klier).

Fortan wurde in die neue „sozialistische Schule“ UdSSR-Pädagogik blank importiert: 1958 das sowjetische Polytechnik-Modell, 1959 die zehnklassige Einheitsschule als Pflichtschule für alle, ohne jede Rücksicht auf die reiche deutsche Bildungstradition.

Empörung machte sich Luft. Zehntausende Lehrer hatten bereits zwischen 1948 und 1950 ihren Dienst quittiert; zwischen 1957 und 1959 kam es zu einem ähnlich starken Lehrer-Exodus.

Große Worte prasselten, nachdem Stalins Gehilfen in den Lehranstalten der DDR endgültig die Macht übernommen hatten, in der DDR auf Kinder und Jugendliche herab, kräftig wie ein Monsun und unaufhörlich wie ein Landregen. „Die ideologische Erziehung“, hämmerte Ministerin Margot Honecker seit Beginn ihrer Karriere 1963 ihren mehr als 300 000 Pädagogen 26 Jahre lang immer wieder ein, gehöre „in das Zentrum der Erziehung der jungen Generation“. Sie wußte, warum.

Wer die Schule verließ, sollte „fest“ sein in der Überzeugung, daß „nur der Sozialismus eine grundlegende Antwort auf die großen Fragen zu geben vermag“ und „Freiheit, Brüderlichkeit und Wohlstand nur im Sozialismus-Kommunismus verwirklicht werden können“. Die Fächer, in denen der Glaube an sozialistische Heil das Haupt-Thema bildete, waren Heimatkunde (ab Klasse 3), Geschichte (ab Klasse 5), Staatsbürgerkunde (ab Klasse 7) und Wehrkunde (ab Klasse 9).

Bereits Acht- und Neunjährigen bringt das bis heute gültige Schulbuch Heimatkunde 3 die rechte Sicht auf die bis zur Wende alleinseigmachende Staatspartei SED bei: „Deutsche Antifaschisten kämpften unter Einsatz ihres Lebens gegen die faschistische Herrschaft. Die führende Kraft waren dabei die Kommunisten.“

Zehnjährigen wurde in Heimatkunde auf über 100 Seiten die Geschichte des Sozialismus von Marx bis zur Gegenwart

verklärt und anschließend das Urteil über die Bundesrepublik gefällt: „Im Westen Deutschlands haben die Kapitalisten ihren Staat – die BRD – gegründet. Von dort aus wollten und wollen sie die DDR erobern.“

Beispiel dafür, wie „die Feinde unseres Vaterlandes“ durch „Hetze, Verbrechen und Raub“ die DDR zu ruinieren versuchen: „Im Jahre 1955 erkrankten in unserer Republik etwa 5000 Rinder; eine BRD-Firma hatte vergiftete Erntebündel geliefert.“

Um so was künftig zu verhindern, empfahl Heimatkunde 3 den Neunjährigen „das Gelöbnis der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“: „Ich bin bereit, die Weisungen der Partei zu erfüllen, die Deutsche Demokratische Republik, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich!“

Im Unterrichtsfach Geschichte, stand Ende Dezember in einem ADN-Interview der DDR-Pädagoge Jochen Richter, selber seit 26 Jahren Geschichtslehrer, seien „Sachverhalte gefälscht oder ganz weggelassen und die Geschichte zu einer Hure der Propaganda herabgewürdigt worden“.

Die Propagandisten trauten ihrer eigenen Propaganda nicht. Als der Ost-Berliner EOS-Schüler Martin Braun, 17, für ein Referat im Geschichtsunterricht in der Stadtbibliothek das Grundgesetz der Bundesrepublik ausleihen wollte, wurde ihm die Ausleihe mit der Begründung verweigert, es handle sich um für Jugendliche verbotene Literatur.

Sozialismus wurde ab Klasse 7 außer in Geschichte in Staatsbürgerkunde gelehrt – nach der Lehrplan-Vorgabe:

Für Klasse 7: „In der DDR dienen alle staatlichen Maßnahmen dem Wohlergehen und dem besseren Leben des ganzen Volkes. In der BRD wird das Volk mit teils raffinierten, teils brutalen Herrschaftsmethoden unterdrückt.“

Für Klasse 8: „Allseitiges und stabiles Wachstum in Industrie und Landwirtschaft ist ein erster wesentlicher Vorzug des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus.“

Für Klasse 9: „Der kapitalistische Staatsapparat ist ein Instrument zur Niederhaltung der Werktätigen, zur Sicherung der ökonomischen Ausplünderung des eigenen Volkes und anderer Völker.“

Für Klasse 10: „Die Überlegenheit des Sozialismus als Gesellschaftsordnung gegenüber dem Kapitalismus wächst.“

Bereits als Siebenjähriger erfuhr Jörg Pfefferkorn, 23, auf der POS „Wilhelm Pieck“ in Gotha vom „parasitär faulenden Kapitalismus“. Pfefferkorn: „Wir haben immer gefragt: Was heißt das? Dann wurde uns erzählt, daß Arbeiter, wenn sie krank werden, in der Bundesre-



Schußwaffen in der Walbecker Schule: „Wenn ich groß bin ...

publik sofort gefeuert werden.“ Die zehnjährige Therese Burkert kam kurz vor der Wende aus der Schule mit der Information nach Hause, daß die armen Kinder in der Bundesrepublik in Holzhäusern leben.

Völlig anders die Kinder im Sozialismus. Ihnen geht es mit „Staatsbürgerkunde 10“ schon allein deshalb gut, weil sie ihre „sozialistische Persönlichkeitsentwicklung“ einem „sozialistischen Kollektiv“ anvertrauen. Und ihr Leben wird „um so reicher und tiefer“, je mehr sie für die „Übereinstimmung von persönlichen, kollektiven und gesellschaftlichen Interessen“ sorgen.

„Staatsbürgerkunde 10“ lehrte mit einem Vers des DDR-Dichters Helmut Preißlers, daß solche „Übereinstimmung“ die Denunziation einschließt:

Mein bester Freund
sollte mich anklagen.
Aber er tat es nicht.
So hat sich herausgestellt,
daß seine Freundschaft
nicht stark genug war.

Weil es aber offenbar mit den Denunziationen unter Freunden nicht immer so klappte, waren Lehrer angewiesen, ab und an nachzuhelfen – etwa dreimal jährlich mit nicht angekündigten „Ranzenkontrollen“. Deren Befunde (Asterix-

und Donald-Duck-Hefte) mußten ins Klassenbuch eingetragen und dem Direktor vorgelegt werden.

Ebenfalls gegen den „inneren Feind“ richtete sich die „persönliche Selbstverpflichtung“, die ins Hausaufgabenheft einzutragen und vom Lehrer abzuzeichnen war. Eine zwölfjährige Dresdner Schülerin schrieb in ihr Heft: „Ich möchte mich gerne in Geographie verbessern. Die Eins in Ordnung möchte ich halten. Dieses Schuljahr möchte ich mich öfter an den Altstoffsammlungen beteiligen.“

Dem äußeren Feind dagegen galt das Fach Wehrkunde, das in der 9. Klasse mit einer 14tägigen Übung begann und in der 10. Klasse stundenweise fortgeführt wurde – mit Tonbandaufnahmen



... werde ich Soldat“: Wehrerziehung mit Schußwaffen

von Alarmsirenen, Aufbau der Gasmaske, Handhabung einer Handgranate. Fünfzehnjährige standen dann in „Anzugsordnung“ vor ihrer Lehrerin stramm: „Genossin, ich melde: Zug Eins ist zur ZV – Verhalten in Gefahrensituation – antreten.“

An der POS „Rudi Arnstadt“ in Walbeck, wenige hundert Meter vom ersten Grenzzaun entfernt, wurde Wehrkunde zum Lernfach Nr. 1. Die Schule – benannt nach einem DDR-Grenzer, der bei einem Schußwechsel mit dem Bundesgrenzschutz starb – spezialisierte sich aufs Schießen, gewann bei Schießwettbewerben mehrere erste Preise und hat sogar eine paramilitärische Einheit aufgestellt. Das Fach Schießen will die Schule auch nach der Wende im Lehrplan halten.

Der nach der Wende abgeschaffte Wehrkundeunterricht vollendete nur, was nach Order der obersten Volksbildnerin Margot Honecker bereits den

Kindergärtnerinnen aufgegeben war – bei ihren Zöglingen „sozialistische Charaktereigenschaften und Willensqualitäten zu formen“.

An Erich Honeckers Geburtstag, dem 25. August, erhielten Vorschulkinder „politische Belehrung“ über den „antifaschistischen Kampf“. Und am 1. März, dem Tag der Nationalen Volksarmee (NVA), tippelten schon die Vierjährigen in die Kasernen, überreichten den Soldaten Blumensträuße, sagten Gedichte auf, kletterten auf einer Haubitze rum und sangen zum Abschied, in Reih und Glied aufgestellt: „Wenn ich groß bin, werde ich Soldat.“

Erst recht in der Schule umwaberte der militärische Ungeist die Kinder.

„Unsere Schule war fast ein Drill“, schilderte die zwölfjährige Katrin Scharke ihre Eindrücke aus der AOS in Eichwalde bei Berlin, „man wurde sozusagen vorbereitet auf die Armee.“

Aufstehen gehörte zum Zeremoniell, wenn der Lehrer die Klasse betrat, und auf den Ruf des Pädagogen „Für Frieden und Sozialismus seid bereit“ mußten die Schüler die Hand an die Stirn heben und zackig zurückschmettern: „Immer bereit!“

Kein Schuljahr, kein Schultag, kein Schulfach ohne die rote Soße der

Ideologie. „Unsere Fibel“ brachte Erstkläßlern nicht nur Lesen, sondern gleich den halben Sozialismus bei: Fahne und Wappen der DDR und der Sowjetunion, Abzeichen und Halstuch der Thälmannpioniere und der FDJ, der beiden staatlichen Jugendorganisationen, das Wort „Solidarität“ und den Satz „Es lebe die Freundschaft zur Sowjetunion“.

Sportunterricht, schilderte der Übersiedler Daniel Hänel, 15, war an seiner Merseburger AOS zeitweilig Training im Handgranatenwerfen, „und dafür gab's dann auch Noten“. Russisch-Sprachfilme, berichtete Jutta Grund, stellvertretende Direktorin an der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Ost-Berlin, wurden grundsätzlich in Farbe gezeigt, Englisch-Sprachfilme nur in Schwarzweiß, „nach dem Motto ‚England kann nicht schön sein‘“.

Im Geographie-Teil von „Heimatkunde 3“ wird den Achtjährigen sogar die Windrichtung anhand der wehenden DDR-Staatsflagge erklärt. Das Übungsbuch „Gut überlegen – richtig schreiben“ empfiehlt das Training der Rechtschreibung anhand folgender Geschichten: „Mein Freund, der Sowjetsoldat“, „Schweriner Pioniere fragen“, „Der Fahnenappell“, „Lieber Genosse Thälmann“, „Der Geburtstag der Pionierorganisation“, „Die Geschichte der roten Fahne“, „Lenins Bescheidenheit“.

Kein Mathematikbuch ohne Sozialismus und vor allem nicht ohne Kriegerisches. Beispiele für die sozialistische Mathematik:

Aus Mathematik 2 (für Sieben- und Achtjährige): 4 Panzer fahren zur Übung ins Gelände. Wie viele Soldaten fahren insgesamt mit, wenn 1 Panzer mit 3 Soldaten besetzt ist?

Aus Mathematik 5 (für Zehn- bis Elfjährige): Bei den Soldaten unserer Nationalen Volksarmee: Eine Kolonne schwerer Kettenfahrzeuge legt in einer Stunde 15 km zurück. Wie lange braucht sie bei gleichbleibender Geschwindigkeit für 19,5 km?

„Liebe“ bezeichnet in der bisherigen DDR-Pädagogik meist nicht so etwas Bourgeois-Chaotisches wie die Zuneigung zweier Menschen zueinander. Für DDR-Schüler, so erklärte es unlängst noch einmal die Pädagogik-Akademie, zähle „Liebe zum Kindergarten“, „Liebe zur Heimat“, „Liebe zu den Werktätigen“, „Liebe zum sozialistischen Vaterland“ und – ganz besonders wichtig – „Liebe zur Arbeit“.

Arbeitsliebe, diesen sozialistischen Lieblingsgedanken, pflegte die Ost-Berliner Pädagogik-Professorin Rosemarie Walther ihren Lehramtskandidaten fol-

gendermaßen plausibel zu machen: Da „im Sozialismus Arbeit befreit ist von Ausbeutung und Unterdrückung“, mache Arbeit „den wesentlichen Sinn unseres Lebens“ aus.

Arbeit stand für Schüler stets auch auf dem Ferien-Programm, etwa beim „Schüler-Sommer“ der 9. und 10. Klasse oder beim „produktiven Einsatz“ der 11. Klasse im Erntelager: Rosenkohl pflanzen und drei Wochen Erdbeeren pflücken. Selbst im Kinder-Ferienlager Ho Tsch-minh, einer Freizeitmaßnahme des Ost-Berliner Innenministeriums, bestanden die Tage aus langen Fußmärschen. Zur Erholung durften sich die Kinder anschließend Panzer angucken.

„Nichts, aber auch gar nichts“, sagt Professor Johannes Niemann, der an der Universität Köln Vergleichende Pädagogik lehrt und sich seit 20 Jahren mit DDR-Schule befaßt, „war von den einzelnen Menschen selbst entwickelt oder wurde ihnen überlassen.“

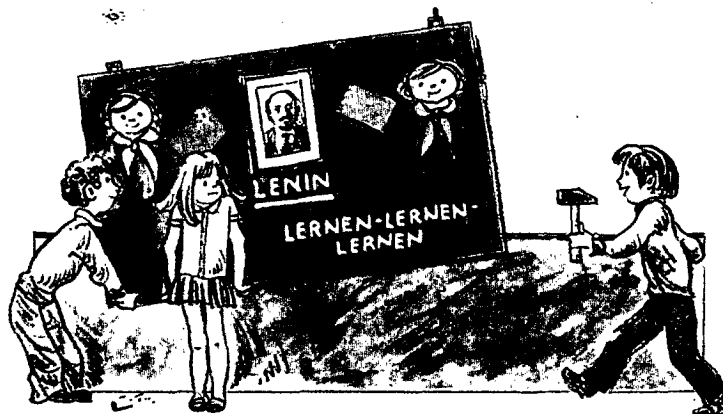
Minuziös vorgegeben waren vor allem Lern-Inhalte. Selbst die Etappen der einzelnen Unterrichtsstunden standen bis auf die Formulierung fest. Nachplappern und Auswendiglernen war Trumpf, eigenes Nachdenken nicht gefragt.

Geradezu manisch mutet der Programmierzwang der DDR-Schulordnung an, die selbst die „Lichtstärke“ („300 Lux“) und die Temperatur („20° C“) im Klassenraum, ja sogar die Körperhaltung der Schüler beim Lesen fest schreibt: „Abstand der Augen von der Lesefläche mindestens 300 Millimeter.“

Nach Paragraph 8 der Durchführungsbestimmungen haben DDR-Lehrer „gemeinsam mit den Eltern dafür zu sorgen, daß es für jeden Schüler zur festen Gewohnheit wird, täglich gewaschen, gekämmt und mit sauberem Taschentuch zur Schule zu kommen“. Auch die Zuständigkeiten sind in der Schulordnung genau verteilt. Lehrer sind für „eine gründliche Lüftung“ der Klassenräume „nach jeder Unterrichtsstunde“ verantwortlich, und zwar „durch Öffnen der Fenster“.

Um Kinder und Jugendliche ideologisch sauber zu halten, hat der Sozialismus das Kollektiv parat. „Wir wollen einen Menschen erziehen, der ein Kollektivmensch unserer Zeit ist“, hatte Margot Honecker formuliert, „der weit mehr für das gesellschaftliche Leben als für seine persönlichen Interessen lebt.“

Wem dabei der ketzerische Gedanke kam, das Kollektiv müsse das Ende der Persönlichkeit sein, den belehrten die SED-Gurus von der Pädagogik-Akade-



DDR-Fibelillustration für Erstkläßler: „Fast ein Drill“



Polytechnischer Unterricht im Schlossereibetrieb: „Immer bereit“

mie eines besseren: „Die Kollektive sind das unerläßliche Milieu, in dem sich die Persönlichkeit im ganzen Reichtum ihrer Individualität entfalten kann.“

Eingeübt wird das kollektive Dasein bereits im Kindergarten, den 95 Prozent aller Kinder besuchen – da in den meisten DDR-Familien beide Elternteile ganztätig arbeiten. Für den SED-Staat fast eine Ideal-Situation. „Sich im Kollektiv geborgen und wohl zu fühlen“, beruhigte die Akademie unzufriedene Eltern, „ist außerordentlich wichtig für die Ausprägung moralischer Eigenschaften der Vorschulkinder.“

Der SED genügte keineswegs nur das Klassen-Kollektiv. Wie ein vielarmiger Polyp griff der Staat nach der Freizeit der Schüler. 84 Prozent der Schüler aus den Klassen 1 bis 4 besuchten nachmit-

Alle Veranstaltungen an der Schule – Weihnachtsfeiern, Schüler-Auszeichnungen, Klassenfahrten – liefen über die beiden Jugendorganisationen. Ihre Leiter hatten ein gewichtiges Wort mitzureden, wenn es um Zeugnisse und Versetzungen ging. Kaum ein Schüler gelangte von der zehnklassigen AOS auf die Abiturstufe EOS oder nach dem Abitur zur Universität ohne das Plazet der FDJ.

Ebenso verzahnt mit der Schule war die formal außerschulische und freiwillige „Jugendweihe“, ein Ritual, mit dem die Vierzehnjährigen in die sozialistische Erwachsenenengesellschaft aufgenommen wurden. Anstoß vor allem unter Christen erregte der Weiheakt stets wegen des atheistisch angehauchten Gelöbnisses, „für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämp-



DDR-Ritual Jugendweihe: „Für die große und edle Sache kämpfen“

tags den Schulhort, das sogenannte Kinderkollektiv mit seiner „wichtigen sozialpolitischen Funktion“.

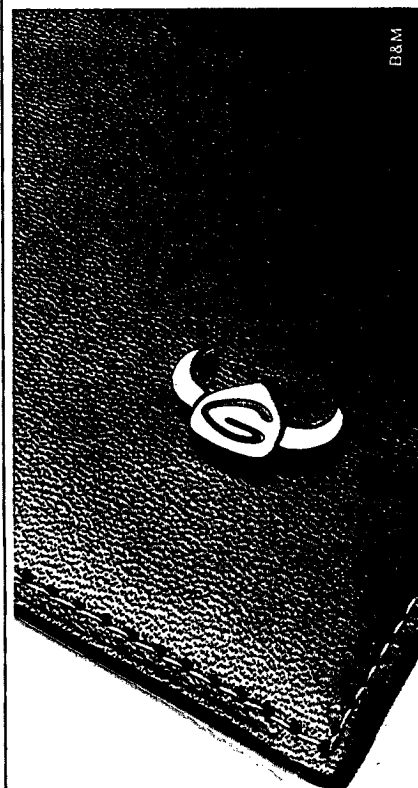
Fast alle Schüler wurden im SED-Staat im ersten Schuljahr Mitglieder der „Jungen Pioniere“ und im vierten Schuljahr der „Thälmannpioniere“. Die Schulanfänger wußten bereits aus Erzählungen im Kindergarten, wie wunderbar es bei den Jungen Pionieren sein muß. Kurz nach der Einschulung wurde ihnen im Unterricht die Pionierfahne, die Pionierkleidung und die Pioniertrompete vorgeführt – zum Anfassen und Reinblasen. In Bildern und Texten breitete sich die Fibel der Erstklässler seitenlang über die Geschichte der Pioniere aus. Eltern, die mit der Beitrittserklärung für ihr Kind zögerten, wurden in der Schule ins Verhör genommen. Kaum einer blieb dann noch hart.

fen“. In der Tat sollte die Jugendweihe christliche Bräuche wie Konfirmation, Firmung und Erstkommunion ersetzen.

Die „freiwillige“ Teilnahme abzulehnen war schon deshalb nicht leicht, weil sich Jugendweihegruppen aus Schülern einer Klasse zusammensetzten und die Klassenlehrer häufig bei der Weihevorbereitung als Gruppenleiter fungierten. Vor allem aber mußten Weihe-Verweigerer damit rechnen, nicht zur Abiturstufe zugelassen und später von Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung ausgeschlossen zu werden.

Aber selbst wenn ein Schüler seine Freizeit weder den Pionieren noch der FDJ noch der Jugendweihe widmete – der Staat setzte ihm mit anderen Freizeitangeboten nach. Für Schüler der Klassen 5 bis 10 gab es nachmittags die Arbeitsgemeinschaft, den Zirkel, den

DIE MARKE MACHT DEN UNTERSCHIED



💡 GELDBÜRSEN 💡 BRIEF-TASCHEN 💡 SCHLUSSELETTUIS
💡 AUSWEIS- UND KREDIT-KARTENETUIS 💡 DAMEN- UND HERRENTASCHEN 💡 SCHMUCK- UND KOSMETIKKOFFER 💡
ATTACHEKOFFER 💡 GÜRTEL 💡 COLLEGEMAPPEN 💡 SCHREIB-MAPPEN. WEITERE NÜTZLICHE ACCESSOIRES ERGÄNZEN DIE HOCHWERTIGE LEDERWAREN-SET-KOLLEKTION VON...

Golden Head®
Handmade in West-Germany

Nur ausgesuchte Lederwaren-Fachgeschäfte und Fachabteilungen der Warenhäuser führen die Marke mit dem Goldhelm. Weitere Informationen: Golden Head Schmidt GmbH · Postfach 27 · D-6570 Kim

Klub, die Schülerakademie, die Schülergesellschaft, die Sportgruppe, das Spezialistenlager, den Schülerwettbewerb oder „MMM“, die „Messe der Meister von Morgen“ – so vielerlei, daß die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften vergangenes Jahr frohlocken konnte: „Alle Schüler sind heute in die außerunterrichtliche Tätigkeit einbezogen.“

Ziel dabei war es, „den einzelnen lustvoll-emotional möglichst rund um die Uhr in möglichst viele Kollektive einzubinden und ihn so zu vereinnahmen“, resümiert der Kölner DDR-Spezialist Niermann. Der erste Flirt sollte möglichst beim Tanz in der FDJ-Disco stattfinden, der erste Kuß im Pionierpalast „Ernst Thälmann“ gehaucht werden. Niermann: „Man sollte sich nach 30 Jahren noch erinnern, wie schön das damals bei den Pionieren war.“

Der Hintersinn der totalen Vereinnahmung: Die Jugendlichen, so Niermann, sollten „ausgerechnet unter der Vorspiegelung ihrer individuellen Entfaltung zum genauen Gegenteil erzogen werden: zu einem willfährigen Werkzeug von Staat und Partei“.

Die inhumane und obendrein noch verlogene politische Ideologie verkehrte fast zwangsläufig jeden positiven pädagogischen Ansatz im DDR-Schulsystem. Die „sozialistische Moral“, die den Schülern gepredigt wurde, bestand nach Niermann „in dem platten Mechanismus vom Befehl und Gehorsam“. Gewissen war nicht gefragt. Das Wort kommt, so recherchierte der Kölner Professor, in keinem pädagogischen Standardwerk der DDR vor.

Auch die Polytechnik, nach der das ganze Schulmodell benannt ist, hat unter der roten Regie mehr ihre Schwächen als ihre Stärken entwickeln können: Auf die Wahl der Betriebe haben die Schüler keinen Einfluß; in den polytechnischen Kabinetten ist alles total reglementiert. Und die „produktive Arbeit“ im Betrieb besteht nicht selten entweder aus Gammeln (weil Ausbilder oder Arbeit fehlen) oder aus stupiden Hilfsarbeiten, weil gerade keine Arbeitskräfte da sind – Schüler als Lückenbüller maroder Planwirtschaft.

„Gleiche Bildungschancen für alle“ war die Devise, mit der die AOS, die zehnklassige Einheitsschule für alle Kinder, begründet wurde. Das Gegenteil war die Regel. Lehrer korrigierten Zensuren serienweise nach oben, betrachteten die „Eins als Normalfall“, wie Bärbel Meissner, Direktorin an der POS 3 in Klötze, Kreis Magdeburg, einräumt. „Wir mußten die Zensuren fälschen“, gesteht auch der Direktor einer Leipziger AOS, „weil wir eine erfolgreiche Statistik nach oben abliefern mußten.“

Im thüringischen Arnstadt, erzählen Schüler aus einer dortigen AOS, hatte eine Russisch-Lehrerin nach einer Klas-



Jungpioniere, Soldaten (1988)*: Zur Erholung Panzer angucken

senarbeit die Schüler mit schlechten Ergebnissen aus der Klassendisco geholt und die Tests mit ihnen nachgebessert, um die Noten aufmotzen zu können. Auf diese Weise erhielt die Klasse die Auszeichnung als Klasse mit dem besten Notenschnitt in ganz Arnstadt.

Blieb ein Schüler sitzen, lastete das System den Fauxpas erst einmal dem Lehrer als Kunstfehler an. Jeder Fall wurde eigens vor den Kreisschulrat gezerrt.

Andererseits wurde in aller Stille eine Gruppe regelmäßig aussortiert: Die Partei zwang jährlich etwa 8 bis 15 Prozent der Achtklässler, die Schule am Schluß des Schuljahres zu verlassen – Widerspenstige, die sich gegen jegliche Rotlichtbestrahlung als absolut immun erwiesen hatten und andere zu beeinflussen drohten. Dabei handelte es sich zumeist um Kinder von – bei der allgegenwärtigen Stasi registrierten – Regimekritikern und engagierten Christen, vor allem von Pfarrern, aber auch um völlig unpolitische, aufsässige Jugendliche, die sich nicht in den realsozialistischen Kommentar einpassen ließen.

Der Anpassungsdruck, dem Schüler, Eltern und auch Lehrer ausgesetzt waren, wurde im Lauf der Jahre immer größer. „Manchmal hatte man das Gefühl, man würde verfolgt“, schildert eine Zwölfjährige aus Ost-Berlin ihr DDR-Lebensgefühl vor der Wende.

Es begann bei Nichtigkeiten: beim „Tadel“ für den „USA“-Aufkleber auf dem Taschenrechner oder beim Verbot

des West-Aufnehmers auf dem Nicki. Ihre „Aldi“-Tragetasche mußte die Leipziger Schülerin Daniela Mehnert, 15, nach innen drehen. „Menschen, die Plastiktüten nehmen“, erfuhr die Schülerin Katrin Scharke von einem Lehrer, „sind unordentliche Menschen.“

Härter traf es sechs Schüler der Ost-Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule. Sie wurden vor zwei Jahren geschächt, weil sie auf der Wandzeitung Kritisches gegen die damals üblichen Militärparaden geschrieben hatten. An einer Ost-Berliner POS flog ein Schüler aus der FDJ, weil er unter seine Bank den Spruch geritzt hatte: „Deutschland muß wieder einig sein, drum treten wir die Mauer ein.“

Die Kommunikation zwischen Schule, Partei, Polizei und Stasi klappte wie sonst wenig im maroden SED-Staat. Kaum hatte sich, vor zwei Jahren, der Vater der damals neunjährigen Dresdener Schülerin Sandra Irmer in den Westen abgesetzt, wurde die Mutter schon zur Direktorin bestellt. „Und da mußte sie“, erzählt Sandra, „das alles erzählen, ob sie nun gewußt hätte, daß mein Vater im Westen bleiben wollte. Und da hat meine Mutti gesagt, sie hätte das nicht gewußt.“

Für jede Schule gab es einen Parteisekretär, der dem Direktor gleichgestellt war. Er überwachte das politische Leben der Schule, hatte in jeglichen Fragen Mitspracherecht, vor allem bei der Beurteilung von Schülern.

Das Trauma der Nation, das Ministerium für Staatssicherheit, war ebenfalls an Schulen allgegenwärtig. „Man konnte nie sicher sein“, schildert ein EOS-Schüler aus Magdeburg das allgemeine Miß-

* Im NVA-Jagdfliegergeschwader „Fritz Schmenkel“ (Cottbus) überreichen Kinder ihrer Partnerstaffel eine bunte Wandzeitung zum Tag der NVA.

trauen, „daß der Vater eines Schülers oder ein Lehrer nicht doch bei der Stasi war.“ Die Pädagogen an der Schule, vor allem Direktoren, Staatsbürgerkundelehrer und FDJ-Leiter, standen fast immer in Kontakt mit Stasi-Mitarbeitern. Selbst Schüler arbeiteten als Zuträger, vor allem Lehrer- oder Funktionärskinder betätigten sich als Spitzel.

Stasi-Mitarbeiter tauchten auch persönlich in der Schule auf, etwa um Schüler einzuvernehmen. Die Ost-Berliner Studentin Dominique Krössin erinnert sich an ihre Schulzeit, an den Morgen, als sie ins Direktorzimmer gerufen wurde, wo sie vor dem Schulchef und „zwei Herren im grauen Anzug“ stand, die sie fragten: „Wer sind Ihre Hintermänner? Wer sind Ihre Freunde? Wen kennen Sie noch?“ Und: „Eigentlich brauchen Sie nicht zu antworten, denn wir wissen ja alles.“

Das Verbrechen, das Dominique Krössin und vier weitere Schüler begangen hatten: Auf dem Pfingsttreffen der FDJ wollten sie bei den Paraden nicht in das pflichtgemäße Hurra einstimmen.

Nutznieser des realsozialistischen Schulsystems waren nur zwei Gruppen des ostdeutschen Nachwuchses: die Sprößlinge der Nomenklatura und die Hochbegabten, von deren Leistung sich die SED für die Zukunft vor allem ökonomischen Gewinn erhoffte.

60 bis 80 Prozent aller Funktionärskinder schafften, unabhängig von der Lei-

stung, den Sprung an die EOS und ins Studium. Keine andere gesellschaftliche Gruppe erreichte einen annähernd hohen Anteil – das Abitur als „Bildungsprivileg für Angepaßte“ (Freya Klier).

Zur Ausbildung Hochbegabter aus ideologisch gefestigten Elternhäusern gründete die DDR seit 1965 zunehmend „Spezialschulen“ und „Spezialklassen“ – für diverse Sportarten und für Tanz, für Musik und Literatur, für Mathematik und Naturwissenschaften, für alte und neue Sprachen. Die Talentsuche begann bereits im Kindergarten, am perfekten war sie im Sport entwickelt.

In Wahrheit handelte die SED – Gleichheit hin oder her – bei der Zulassung zum Abitur weit rigoroser als der kapitalistische Klassenfeind im Westen: Gegen das ostdeutsche System der „Absolventenlenkung“ nimmt sich der westdeutsche Numerus clausus direkt menschenfreundlicher aus.

Wie viele Hilfs- und Facharbeiter, Abiturienten und Hochschulabsolventen wann, wo und in welcher Branche gebraucht wurden, errechnete für die gesamte DDR eine zentrale Plankommission nach den „gesellschaftlichen Notwendigkeiten und territorialen Möglichkeiten“, dem volkswirtschaftlichen „Plan“.

Anhand der Zahlen (die, wie der gesamte Plan, nie stimmten) legte das Volksbildungsministerium die Zahl der

AOS-Abgänger, der Abiturienten und Studenten für jede einzelne Schule und Hochschule bis auf das Fach genau fest. Für individuelle Studien- und Berufswünsche blieb nur Raum, wenn sie – seltener Glücksfall – mit dem gesellschaftlichen Bedarf zusammenfielen.

Auf der Strecke blieben im realen Sozialismus von Erich und Margot Honecker auch jene, denen die „revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse“ (SED-Eigenwerbung) ursprünglich mal die größten Chancen einräumen wollte: die Arbeiterkinder. „Wir müssen heute“, sagt Soziologe Meier, „die Arbeiter- und Bauernkinder in der EOS und auf den Universitäten mit der Lupe suchen.“

Während in der DDR Ende der fünfziger Jahre mehr als 50 Prozent der Abiturienten Arbeiter- und Bauernkinder waren, sank deren Anteil seit dem Beginn der sechziger Jahre auf 18 Prozent. Und während in der Bundesrepublik rund 30 Prozent eines Altersjahrgangs an einer Hochschule studieren, sind es in der DDR gerade 7,8 Prozent.

Im nächsten Heft

Die stalinistische Gleichschaltung der Hochschulen – Vom angepaßten Studenten zum biegsamen Staatsdiener – Wendehälse in der Uni



FDJ-Pfingsttreffen (1989): Nur der Sozialismus gibt Antwort